

A n t r a g

der Parlamentarischen Gruppe der FDP

Modellvorhaben "Direktzugang Physiotherapie" - Versorgungsqualität steigern, Ärzte entlasten und Kosten reduzieren

I. Der Landtag stellt fest:

1. Weltweit steigt der Bedarf an physiotherapeutischer Versorgung von Erkrankungen des Muskel- und Skelettsystems.
2. Physiotherapeuten sind durch ihre Arbeit in der kurativen Medizin, der Rehabilitation, der Palliation und der Prävention ein unverzichtbarer Bestandteil des Gesundheitswesens.
3. Die hohe Anzahl an medizinisch nicht notwendigen Patientenkontakten belastet das Gesundheitssystem zunehmend.
4. Durch die Realisierung des Direktzugangs kann ein schnellerer Zugang zu Heilberufen und somit eine Verbesserung der Versorgung erreicht werden.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bis zum zweiten Quartal 2025 ein Modellprojekt zur Erprobung des Direktzugangs in der Physiotherapie zu initiieren:

1. Unter Einbeziehung der Landesärztekammer, der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen und den Berufsverbänden der Physiotherapeuten ist ein standardisiertes Vorgehen, beispielsweise ein "Red-flag"-System, für den Direktzugang der Physiotherapeuten mit klaren Vorgaben für das Screening mit transparenter Abgrenzung zwischen ärztlichen und nichtärztlichen Zuständigkeiten zu entwickeln.
2. Der Direktzugang für Physiotherapeuten ist an klar umschriebene Kompetenzen und Fertigkeiten zu knüpfen. Aufgrund der qualifikatorischen Anforderungen und Erkenntnisse des Modellprojekts sind die derzeitigen Qualifizierungswege und Weiterbildungen der Physiotherapie weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang sind curriculare Vorgaben für eine rolloutfähige bundeseinheitliche Qualifizierung zu erstellen.
3. Die für den Direktzugang zugelassenen Diagnosegruppen sind mit geeigneten Qualitätsvorgaben zu verknüpfen. Durch ein standardisiertes und systematisches Leistungscontrolling ist die Behandlung von geeigneten Diagnosegruppen sicherzustellen.

4. Durch die Implementierung eines empirischen Instruments zur Analyse und Auswertung des Versorgungsgeschehens sind sowohl die sozioökonomischen Auswirkungen als auch die Auswirkungen auf die Ressourcen der Gesundheitsversorgung auszuwerten. Ein besonderer Fokus ist auf die Auswirkungen der Inanspruchnahme von Ärzten und Physiotherapeuten sowie auf die direkten und indirekten Kosten für die Gesundheitsversorgung durch die Einführung des Direktzugangs zu legen. Die Ergebnisse der Analyse sowie der abgeleitete Handlungsbedarf sind regelmäßig zu veröffentlichen.
 5. Anhand der Auswertung von empirischen Daten ist eine Bedarfsprognose der physiotherapeutischen Leistungen vorzunehmen, um insbesondere die Ausbildungskapazitäten in Qualität, Zahl und Verteilung bedarfsgerecht anzupassen und mögliche Struktur- und Fördermaßnahmen zu prüfen.
 6. Eine Evaluierung des Modellprojekts soll in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Ernst-Abbe-Hochschule Jena erfolgen.
- III. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem zuständigen Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung regelmäßig über den Fortschritt und die Erkenntnisse aus dem Modellprojekt zu berichten.

Begründung:

Während durch die Möglichkeit des sektoralen Heilpraktikers physiotherapeutische Leistungen auch privat finanziert ohne ärztliche Verordnung zugänglich sind, setzen durch die gesetzliche Krankenversicherung finanzierte physiotherapeutische Leistungen immer eine ärztliche Verordnung voraus. Die hohe Anzahl an medizinisch nicht notwendigen Patientenkontakt belastet das Gesundheitssystem zunehmend. Insbesondere durch den demographischen Wandel steigt der Bedarf an physiotherapeutischer Versorgung von Erkrankungen des Muskel- und Skelettsystems. Neben steigenden Krankheitskosten ist daher ohne gegensteuernde Maßnahmen auch von einer weiter steigenden Belastung der Hausärzte auszugehen.

Aufgrund dieser Herausforderungen führten über die Hälfte aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Form des Direktzugangs zu physiotherapeutischen Leistungen ein. Die in Deutschland geltenden Zugangsvoraussetzungen des sektoralen Heilpraktikers entsprechen bei Weitem nicht den internationalen Standards (World Physiotherapy, 2019, Direct access and patient/client selfreferral to physical therapy-Policy statement). Ein gesetzlich geregelter Direktzugang auch im Rahmen der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung, der sich an den internationalen Mindestqualifikationen orientiert, kann einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit und Qualität der Patientenversorgung beitragen. Auch der Deutsche Ärztetag im Jahr 2022 sieht in der hochschulischen Qualifizierung der Gesundheitsberufe und den damit verbundenen Kompetenzzuwachs für den Direktzugang das Potential zur Delegation ärztlicher Leistungen.

Aktuelle internationale Untersuchungen zeigen auf, dass ein Direktzugang in der Physiotherapie bei höherer Versorgungsqualität kostengünstiger ist als die Regelversorgung über ärztliche Verordnung (Babatunde et al., 2020, A systematic review and evidence synthesis of nonmedical

triage, self-referral and direct access services for patients with musculoskeletal pain). Eine Auswertung von Versorgungsdaten von 59.670 Versicherten einer Krankenversicherung ergab, dass eine Versorgung von Patienten mit erstmaligen Rückenschmerzen im Direktzugang nach 30 Tagen zu 13 Prozent weniger Kosten und nach 90 Tagen zu 32 Prozent weniger Kosten führt im Vergleich zum Zugang über eine ärztliche Konsultation (Garrity et al., 2020, Unrestricted Direct Access to Physical Therapist Services Is Associated With Lower Health Care Utilization and Costs in Patients With New-Onset Low Back Pain).

Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene sieht die Erprobung des Direktzugangs für therapeutische Berufe vor. Eine frühzeitige Planung der Modellverfahren in Thüringen ermöglicht ein an das Bundesland angepasstes Forschungsdesign. So können zum Beispiel besondere Strukturfragen hinsichtlich Bevölkerung und Versorgung mit physiotherapeutischen Leistungen erhoben werden und in die bundesweiten Gesetze einbezogen werden. Die Erprobung eines Direktzugangs zur Physiotherapie soll daher in Thüringen durch ein wissenschaftlich begleitetes Modellvorhaben erfolgen.

Für die Parlamentarische Gruppe:

Montag